

Südümgehung: „Reuth wird nicht nennenswert entlastet“

Laut Staatsministerium ändert sich durch geplanten Ausbau der B 470 nichts am Verkehrsaufkommen — Grüne fühlen sich bestätigt

VON MARCEL STAUDT

PINZBERG – Es ist eines der am heißesten diskutierten Themen im Landkreis: Der Ausbau der B470, genauer gesagt die Südümgehung Forchheim mit Ostspange. Gegner argumentieren, dass mit diesem Projekt der Verkehr nicht signifikant beruhigt und die Landschaft verschandelt wird. Durch ein Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr fühlt sich diese Seite in ihrer Haltung bestätigt.

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Markus Ganserer, hatte beim Staatsministerium um Auskunft gebeten. Unter anderem wollte er genaue Zahlen zum Verkehrsaufkommen zwischen Pottenstein und Reuth, wie sich dieses durch die Südümgehung voraussichtlich ändern wird sowie zum Flächenverbrauch der geplanten Trasse.

Aus der Antwort des Staatsministeriums – die den *Nordbayerischen Nachrichten* vorliegt – geht hervor, dass von den rund 18 900 Fahrzeugen, welche die Bayreuther und Reuther Straße von Anfang bis Ende fahren, 77 Prozent als Quell- beziehungsweise Zielverkehr Reuth haben. Das heißt, dass fast acht von zehn Autos entweder direkt aus Reuth kommen oder dorthin wollen.

Für Ganserer ist eine Verringerung um 23 Prozent kein Argument für die Südümgehung von Forchheim, im Gegenteil: „Reuth wird nicht nennenswert entlastet.“ Die Grünen wissen allerdings, dass in diesem Stadtteil das Projekt größtenteils befürwortet



Lisa Badum (von links), Markus Ganserer und Edith Fießer sowie Heinz Jakob und Heinrich Kattenbeck von der Biwo wollen die Südümgehung verhindern. Das Foto entstand am Bahnhofspinzberg. Foto: Berny Meyer

wird. Deshalb setzt Lisa Badum, die Vorsitzende des Kreisverbands, auf Aufklärung: „Die Reuther gehen von falschen Informationen aus. Wir müssen sie noch intensiver informieren.“

Anders sieht es hingegen bei der Ortsdurchfahrt Gosberg aus. So hat das Staatsministerium errechnet, dass es dort lediglich einen Ziel- und Quellverkehr von 35 Prozent gibt. Für die Grünen wiegt das aber nicht schwer genug, als dass es die Kosten des Projekts und den damit verbundenen Eingriff in die Landschaft rechtfertigen

würde. Laut Innenministerium nähme die Südümgehung nach den jetzigen Planungen im Landkreis eine Fläche von zusätzlich 37,7 Hektar ein, also ungefähr 53 Fußballfelder. „Das wäre ein massiver Eingriff in wertvolle landwirtschaftliche Fläche“, sagt Ganserer.

138 Millionen Euro

Die Kosten beliefen sich allein für den Bereich Landkreis Forchheim auf 138,1 Millionen Euro. Für Ganserer ist das zu viel. Vor allem, weil das

Geld sinnvoller eingesetzt werden könne: „Wir sollten es lieber in den Erhalt der bestehenden Straßen stecken, anstatt eine neue zu bauen.“

So sieht es auch Heinrich Kattenbeck, Vorsitzender der Bürgerinitiative Pro Wiesenttal ohne Ostspange (Biwo). Kattenbeck freut sich über Ganserers Engagement: „Endlich fängt jemand an, den Flächenfraß in Frage zu stellen.“

Die Kosten stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen, die Fränkische Schweiz werde „zerschnitten und zer-

Schutzgebiet wird durchschnitten

Das Innenministerium weist auf die Schutzgebiete hin, die an den vier geplanten Ortsumgehungen betroffen wären. Ein Überblick über Kosten und Flächenbedarf.

Ebermannstadt: 89,9 Mio. Euro, 4,5 Hektar. Zwei FFH-Gebiete (630 und 690 Meter), zwei Vogelschutzgebiete (1050 und 390 Meter), ein Landschaftsschutzgebiet (1570 Meter) und ein Wasserschutzgebiet werden durchschnitten.

Forchheim: 38,4 Mio. Euro, 24 Hektar. Ein FFH-Gebiet (690 Meter), ein Vogelschutzgebiet (1050 Meter), das Landschaftsschutzgebiet „Veldensteiner Forst“ (1400 Meter) und ein Wasserschutzgebiet (1400 Meter) werden durchschnitten.

Oesdorf: 5,5 Mio. Euro, 5,5 Hektar. Kein Schutzgebiet.

Wimmelbach: 4,2 Mio. Euro, 3,7 Hektar. Das Vogelschutzgebiet (40 Meter) und das FFH-Gebiet 6232-304 (79 Meter) werden durchschnitten.

stört“ (siehe gelber Kasten). Die Antworten aus dem Schreiben des Staatsministeriums reichen Kattenbeck noch nicht. Unter anderem möchte seine Initiative wissen, welche Neigung die geplante Straße besitzen wird, wo überall Brücken für die Verkehrsführung entstehen werden und wie der genaue Zeitplan aussehen soll. Deshalb hat die Biwo beim Straßenbauamt in Bamberg ebenfalls einen Antrag gestellt. Die Antwort erwartet sie am Dienstag, 20. Januar.

Die Bürgerinitiative für eine Südümgehung von Forchheim ist dagegen für das Projekt. Sie will das Vorhaben im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2015 sehen und bitten im Internet unter der Adresse www.forumb470.de um Unterschriften.